

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 09.06.2020

„Mögliche Kontamination mit toxischen Stoffen beim Großbrand in Oslebshausen“
(Anfrage für die Fragestunde des Landtages)

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde des Landtages folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Feuerwehrleute, Polizeibedienstete und sonstige Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes waren während des Einsatzgeschehens des Großbrandes in der Louis-Krages-Straße beteiligt?
2. Wurden ihre jeweiligen Einsatzmittel anschließend auf Asbest untersucht und entsprechend gereinigt?
3. Sieht der Senat angesichts der möglichen Kontamination mit Asbest und anderen hochtoxischen Stoffen bei entsprechenden Einsätzen die Notwendigkeit, ein Gefahrstoff- und Schadstoffregister für bekannte belastete Areale wie den Industriehafen in Oslebshausen zu schaffen, damit Einsatzkräfte und Anwohner*innen auch präventiv bei entsprechenden Gefahrenlagen besser geschützt werden können?“

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

1. Wie viele Feuerwehrleute, Polizeibedienstete und sonstige Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes waren während des Einsatzgeschehens des Großbrandes in der Louis-Krages-Straße beteiligt?

Aus der Berufsfeuerwehr, den Freiwilligen Feuerwehren, dem Rettungsdienst, dem THW und den Werkfeuerwehren waren insgesamt rund 850 Einsatzkräfte beteiligt.

Von der Polizei Bremen waren insgesamt 81 Einsatzkräfte eingesetzt.

Die Gewerbeaufsicht war zwei Tage nach dem unmittelbaren Brandgeschehen mit drei Beschäftigten vor Ort.

2. Wurden ihre jeweiligen Einsatzmittel anschließend auf Asbest untersucht und entsprechend gereinigt?

Die im Einsatz genutzte Feuerwehr-Schutzkleidung samt den eingesetzten Atemschutzgeräten werden von einer Fachfirma gereinigt. Auf den Feuerwachen 2, 4, und 5 werden von einer Fachfirma alle im Einsatz gewesenen Fahrzeuge ebenso qualifiziert gereinigt. Diese Reinigung wird auch den unterstützenden Kräften der Werkfeuerwehren und des THW angeboten.

Da Schläuche wegen ihrer rauen Oberfläche nicht wirksam von Fasern zu reinigen sind, verblieben diese an der Einsatzstelle und werden mit dem Brandschutt entsorgt.

Im Anschluss an alle diese Reinigungsmaßnahmen werden vorsorglich repräsentative Stichprobenuntersuchungen von einem chemisch-technischen Labor durchgeführt.

3. Sieht der Senat angesichts der möglichen Kontamination mit Asbest und anderen hochtoxischen Stoffen bei entsprechenden Einsätzen die Notwendigkeit, ein Gefahrstoff- und Schadstoffregister für bekannte belastete Areale wie den Industriehafen in Oslebshausen zu schaffen, damit Einsatzkräfte und Anwohner*innen auch präventiv bei entsprechenden Gefahrenlagen besser geschützt werden können?

Zunächst ist festzuhalten, dass es sich bei Asbest um einen Gefahrstoff im Sinne der Gefahrstoffverordnung handelt, nicht jedoch um einen hochtoxischen Stoff.

Es ist davon auszugehen, dass in einer sehr großen Anzahl an Gebäuden in Bremen und Bremerhaven Asbest verbaut worden ist. Vielfach ist den Eigentümerinnen und Eigentümern selbst die Existenz von asbesthaltigen Baustoffen oder -teilen gar nicht bekannt. Vor diesem Hintergrund konnte nach Kenntnis des Senats bislang in keiner Großstadt ein Register erstellt werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle/Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender- Prüfung

Durch die Beantwortung der Frage sind keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Kosten entstanden. Da Männer und Frauen gleichermaßen betroffen sind, hat die Beantwortung der Frage keine gendermäßigen Auswirkungen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Antwort ist mit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und der Senatorin für Gesundheit, Familie und Verbraucherschutz abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet. Die Veröffentlichung erfolgt über das zentrale elektronische Informationsregister.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 05.06.2020 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.